

MEDIENMITTEILUNG

Zürich, 11. November 2008

LEHRERSCHAFT UND POLIZEI SAGEN JA ZUM BETÄUBUNGSMITTELGESETZ

Skepsis und Ablehnung bei der Hanfinitiative: Aufruf zur Differenzierung am 30. November 2008

Als wesentliche gesellschaftspolitische Verbände kommunizieren der Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH), das Syndicat des Enseignants Romands (SER) und der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB gemeinsam ihre Abstimmungsempfehlung für ein Ja zum Betäubungsmittelgesetz am 30. November 2008. Sowohl Lehrerschaft wie Polizei sind wichtige Akteure in der Umsetzung der zur Abstimmung stehenden Vier-Säulen-Politik und setzen sich auf Grund der gemachten Erfahrungen mit Überzeugung für ein Ja zum Betäubungsmittelgesetz ein. Zugleich begründen Lehrerschaft und Polizei ihre Skepsis bzw. Ablehnung gegenüber der Hanfinitiative. Gemeinsam rufen die drei Organisationen deshalb zur Differenzierung am 30. November 2008 auf: Die Vorlagen Betäubungsmittelgesetz und Hanf-Initiative dürfen nicht in denselben Topf geworfen werden!

Mit dieser gemeinsamen Medienerklärung von LCH, SER und VSPB betonen die drei Verbände erstmals ihre gemeinsame drogenpolitische Position und unterstützen damit insbesondere die Revision des Betäubungsmittelgesetzes:

Erfahrungen auf Strasse und im Schulzimmer führen zu Ja zum Betäubungsmittelgesetz

"Was zählt, ist die Erfahrung in der Praxis", sagt der Präsident des Polizeibeamtenverbandes, Heinz Buttauer. Für die Polizei ist es sehr wichtig, dass die Drogenprobleme nicht einfach der Polizei und der Justiz überlassen werden. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit in den vier Säulen Prävention, Therapie, Schadenminderung und Repression hat die Arbeit der letzten 15 Jahre geprägt und es geschafft, von den offenen Drogenszenen wegzukommen. Die Revision verankert diese vier Säulen und ist für die Polizei darum eine wichtige Grundlage für den zukünftigen Einsatz.

"Das ist ein Gesetz, das uns in den Schulen den Rücken stärkt", betont auch der Präsident des Lehrerverbandes LCH, Beat W. Zemp. Das Gesetz setze die richtigen Akzente. Mit einem Ausbau der Prävention und stärkerer Repression rund um Schulhäuser werden Kinder und Jugendliche besser geschützt als heute. "Das Gesetz vermeidet eine ideologische Debatte um Drogenlegalisierungen und verankert konkrete Instrumente und Strukturen, die uns helfen", betont der Präsident des SER, Georges Pasquier.

30. November: Unterscheidung zwischen BetmG und Hanfinitiative notwendig

Alle drei Organisationen beschliessen darum die Ja-Parole zum Betäubungsmittelgesetz. Kritisch äussern sie sich zur Hanfinitiative, deren vorgesehene Legalisierung des Kiffens abgelehnt wird. Die Organisationen bestreiten nicht den Handlungsbedarf rund um Cannabis, aber die von der Initiative vorgeschlagene Legalisierung des Konsums und Handels hätte eine negative Signalwirkung insbesondere auf Jugendliche.

Die drei Organisationen betonen, dass die beiden Vorlagen strikt voneinander getrennt werden müssen. Ein Ja zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes ist auch möglich, wenn man die Hanfinitiative ablehnt. Bei der Betäubungsmittelgesetzrevision wird der Legalstatus der Substanzen nicht verändert; bisher verbotene Substanzen bleiben verboten. Dafür wird die erfolgreiche Vier-Säulen-Politik im Gesetz definitiv verankert. Bei der Hanfinitiative geht es um eine neue Cannabispolitik, welche die drei Verbände trotz Anerkennung des Handlungsbedarfs nicht unterstützen können.

Die drei Verbände rufen darum das Volk zu einem Ja zur Betäubungsmittelgesetzrevision auf und appellieren an das Parlament – unabhängig vom Resultat der Abstimmung über die Hanfinitiative – die dringenden Punkte in der Cannabisfrage in einer Gesetzesrevision aufzunehmen: nationale Rechtssicherheit, gestärkter Jugendschutz und ein verantwortungsvoller Umgang mit den Ressourcen der Justizbehörden.

Kontaktadressen für Rückfragen:



Heinz Buttauer, Präsident
Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB, Luzern
Natel +41 76 433 16 28



Georges Pasquier, Président
Syndicat des enseignants romands SER, Genève
Natel +41 78 686 68 12



Beat W. Zemp, Zentralpräsident
Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH, Zürich
T +41 61 903 95 85